

PROGRAMM ZUR UNTERSTÜTZUNG DES FRIEDENSPROZESSES IN NORDIRLAND (PEACE PLUS)

Das Ziel des EU-Programms PEACE PLUS ist es, in Nordirland und der irischen Grenzregion Frieden und Versöhnung zu fördern und soziale, wirtschaftliche und regionale Stabilität und Zusammenarbeit voranzutreiben.

RECHTSGRUNDLAGE

Die Rechtsgrundlage des fünften PEACE-Programms (PEACE PLUS) für den Programmplanungszeitraum 2021–2027 bilden die Verordnung (EU) 2021/1059 vom 24. Juni 2021 und die Verordnung (EU) 2021/1060 vom 24. Juni 2021.

HINTERGRUND

Der Friedensprozess in Nordirland wird seit dem Jahr 1989 finanziell von der EU unterstützt, und zwar sowohl über regionalpolitische Maßnahmen als auch über Finanzbeiträge zum Internationalen Fonds für Irland (IFI).

Im Jahr 1995 wurde das erste PEACE-Programm (1995–1999) genehmigt. Im Jahr 1999 fasste der Europäische Rat den Beschluss, das Sonderprogramm unter dem Namen PEACE II bis 2004 fortzusetzen. Das Programm wurde anschließend bis 2006 verlängert. Auf diese beiden Programme folgten PEACE III für den Programmplanungszeitraum 2007–2013 und PEACE IV für den Programmplanungszeitraum 2014–2020.

Am 23. Juni 2016 stimmte die Mehrheit der Wähler (51,9%) in einem Referendum für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Am 31. Januar 2020 hat das Vereinigte Königreich die EU verlassen. Nordirland hat erheblich von der EU-Finanzierung profitiert. Der Austritt des Vereinigten Königreichs gab daher nicht nur in verschiedenen Branchen in Nordirland auf lange Sicht Anlass zur Sorge, sondern auch im Hinblick auf den Friedensprozess und die länderübergreifende Zusammenarbeit über das Jahr 2020 hinaus (Nordirland ist die einzige Region des Vereinigten Königreichs, die eine Landgrenze zu einem Mitgliedstaat hat: de facto gibt es jetzt eine EU-Außengrenze auf der irischen Insel).

Die Programme PEACE IV und INTERREG VA wurden während der Verhandlungen über die Bedingungen des Austritts des Vereinigten Königreichs ausführlich diskutiert. In das Austrittsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU wurde die Verpflichtung aufgenommen, ihre Fortsetzung bis zu ihrem Abschluss im Jahr 2023 zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang wurde am 25. März 2019 die Verordnung (EU) 2019/491 mit dem Ziel angenommen, die Fortsetzung der Programme für die territoriale Zusammenarbeit PEACE IV (Irland-Vereinigtes Königreich) und Vereinigtes Königreich-Irland (Irland-Nordirland-Schottland) zu ermöglichen.

ZIELE UND SCHWERPUNKTE

Das Programm PEACE PLUS ist ein neues grenzübergreifendes EU-Programm zur Stärkung von Frieden, Versöhnung und grenzübergreifender Zusammenarbeit zwischen Irland und Nordirland. Es kombiniert die früheren Förderschwerpunkte von INTERREG und PEACE in einem neuen Programm für den Programmplanungszeitraum 2021-2027.

Das Programm PEACE PLUS zielt auf Investitionen in sechs zentrale Themenbereiche ab:

1. Aufbau friedlicher und florierender Gemeinschaften,
2. sozioökonomische Erneuerung und Transformation,
3. Stärkung und Investitionen in unsere jungen Menschen,
4. gesunde und inklusive Gemeinschaften,
5. Unterstützung einer nachhaltigen und besser vernetzten Zukunft,
6. Aufbau und Etablierung von Partnerschaft und Zusammenarbeit.

Innerhalb jedes Themenbereichs gibt es mehrere Investitionsbereiche, die einen spezifischeren Schwerpunkt haben oder auf bestimmte Organisationen wie lokale Behörden oder Gemeinschaftsgruppen ausgerichtet sind. Insgesamt gibt es 22 Investitionsbereiche.

FINANZIERUNG

Von 1995 bis 2020 gab es vier PEACE-Programme mit einem Finanzbeitrag in Höhe von 1,6 Mrd. EUR. Während PEACE I (1995-1999) und PEACE II (2000-2006) Mittel aus allen Strukturfonds erhielten, wurden PEACE III und PEACE IV (2007-2013 und 2014-2020) ausschließlich mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert.

Im Zeitraum 2021-2027 wird die EU das Programm PEACE PLUS mit 235 Mio. EUR aus der EFRE-Zuweisung für die europäische territoriale Zusammenarbeit finanzieren. Zusammen mit dem finanziellen Beitrag des Vereinigten Königreichs und der zusätzlichen nationalen Kofinanzierung Irlands und Nordirlands wird das Programm PEACE PLUS Investitionen in Höhe von insgesamt 1,1 Mrd. EUR bereitstellen.

BEWIRTSCHAFTUNG

Das im Rahmen der Auflage von PEACE PLUS förderfähige Gebiet umfasste Nordirland und die irische Grenzregion (zu der die Grafschaften Louth, Monaghan, Cavan, Leitrim, Sligo und Donegal gehören).

PEACE PLUS ist in Abstimmung zu verwalten und der Beitrag des Vereinigten Königreichs wird als externe zweckgebundene Einnahme in das Programm eingebunden. Die EU-Sonderprogrammstelle ist eine Verwaltungsbehörde für das Programm PEACE PLUS. Sie ist eines der sechs grenzübergreifenden Gremien, die im Rahmen des Abkommens von Belfast eingerichtet wurden.

ERGEBNISSE

Die PEACE-Programme haben in der Vergangenheit durch die Anwendung eines basisdemokratischen Konzepts Möglichkeiten für Teilhabe und Dialog eröffnet und für mehr Bürgernähe bei der Entscheidungsfindung und Verantwortung im Hinblick auf die Entwicklung der Gemeinschaft gesorgt. Mit ihnen wurde ein breites Spektrum von Projekten gefördert, darunter Vorhaben in den Bereichen Opfer- und Hinterbliebenenhilfe, Projekte zur Unterstützung von jungen Menschen, kleinen und mittleren Unternehmen, Infrastruktur- und Stadterneuerungsvorhaben sowie Projekte zur Unterstützung von Zuwanderern und zur positiven Herausstellung der ethnischen Vielfalt der Gesellschaft insgesamt.

Hervorzuheben ist, dass diese Programme als Vorbild für friedenskonsolidierende Maßnahmen gilt und in ganz Europa und in anderen Regionen angewandt werden soll.

ROLLE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Das Parlament hat sich stets für die Finanzbeiträge der EU zu den PEACE-Programmen ausgesprochen. Angesichts des Ausgangs des Referendums im Vereinigten Königreich brachte das Parlament in seiner EntschlieÙung vom 5. April 2017 über die laufenden Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich seine Sorge über die Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU zum Ausdruck und betonte, dass der Frieden in Nordirland und Irland gewahrt werden müsse.

In seiner EntschlieÙung vom 11. September 2018 zu den Auswirkungen der Kohäsionspolitik der EU auf Nordirland nahm das Parlament den Vorschlag der Kommission, die PEACE- und Interreg-Programme fortzusetzen, ebenso zur Kenntnis wie das Positionspapier des Vereinigten Königreichs vom April 2018 über die Zukunft der Kohäsionspolitik, in dem dieses erklärte, es wolle gemeinsam mit der nordirischen Exekutive, der irischen Regierung und der EU ein mögliches Nachfolgeprogramm für PEACE IV sondieren. Das Parlament vertrat die Auffassung, dass die Förderung der territorialen Zusammenarbeit durch die EU in Anbetracht der Erfolge der kohäsionspolitischen Sonderprogramme der EU für Nordirland, namentlich der PEACE- und Interreg-Programme, die für die Stabilität der Region besonders wichtig sind, insbesondere in Bezug auf länder- und konfessionsübergreifende Projekte fortgesetzt werden sollte.

Das Parlament hat in seiner Funktion als Mitgesetzgeber beim Kohäsionspaket (konkret bei der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen und der Verordnung mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung) die Fortsetzung der PEACE-Programme im Programmplanungszeitraum 2021-2027 nachdrücklich unterstützt.

Kelly Schwarz
04/2024